

Keine Billiglösung für Atommüll

Weltweit verfügt kein Land über ein atomares Endlager für hochradioaktive Abfälle. Auch Deutschland hat nur Milliardengräber wie Asse und Morsleben und einen Dauerkonflikt um Gorleben. So droht die provisorische Zwischenlagerung zur Dauerlösung zu werden. Wolfram König verlangt eine Rückkehr zur Verantwortung.



Tiefelader stapeln mit Beton abgeschirmte Atommüllfässer ins Skandal-Versuchsendlager Asse – ein Foto von 1978.

Turbulente Szenen im Gorleben-Untersuchungsausschuss, heftige Proteste gegen Transporte radioaktiver Abfälle auf der Straße und ein abgesagter Atommüll-Zug nach Russland. Dazu Kostenexplosionen beim Rückbau der stillgelegten Pilot-Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe. Die Entsorgung nuklearer Abfälle ist in unserem Land seit fast vier Jahrzehnten ein Dauerkonflikt mit hohem Erregungspotenzial. Gleichzeitig vergrößert sich Jahr für Jahr die Menge radioaktiven Abfalls, ohne dass wir bei Suche und Errichtung eines Endlagers wirklich nachhaltig vorankommen. Die beschlossene Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke hat jetzt unter Gegnern und Befürwortern der Atomenergie für neue Emotionen gesorgt und die Gräben weiter vertieft. Der für eine Lösung der drängenden Entsorgungsprobleme notwendige gesellschaftliche Konsens scheint weiter entfernt denn je.

Dass es so aber nicht weitergehen kann, zeigt ein Blick auf die derzeitige Entsorgungspraxis. Das Provisorium in Zwischenlagern droht zu einer De-facto-Dauerlösung zu werden. Diese Zwischenlager, egal ob standortnah bei den Kernkraftwerken oder zentral in Gorleben und Ahaus, erfordern ständige Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, ohne dass eine wirklich überzeugende Sicherheit gewährleistet wäre, die unseren Ansprüchen für eine Generati-



onen überdauernde schadlose Entsorgung genügen würde. Statt tiefengeologischer Formationen, die *unter* der Erde mit mehreren hundert Meter dicken Gesteinsschichten den Atommüll von der Biosphäre abschirmen, bleiben wir *auf* der Erde und setzen Behälter ein, Beton, Stahl und Sicherheitskräfte.

Ja, es ist richtig, dass weltweit kein Land über ein betriebsbereites sicheres Endlager für hochaktive Abfälle verfügt. Und ja, es trifft zu, dass die Endlagerfrage sowohl fachlich-wissenschaftlich als auch politisch und ökonomisch systematisch unterschätzt worden ist. Aber das entbindet uns nicht von unserer Verantwortung. Die Hoffnung, dass sich durch technisch-wissenschaftlichen Fortschritt das Problem irgendwann von selbst lösen wird, halte ich für naiv. Sie ist so wenig hilfreich wie die in der Standortdiskussion immer wieder spürbare Angst vor Bürgerprotesten und vor dem Verlust von Wählerstimmen. Es gibt keine Alternative: Wir haben diesen Müll verursacht. Wir müssen ihn so einlagern, dass nachfolgende Generationen davon nicht beeinträchtigt werden oder sich darum kümmern müssen. Verschieben – egal ob in zeitlicher oder räumlicher Hinsicht – ist keine Lösung.

Gegenwärtig sehe ich eine unheilvolle Tendenz: Quer zu den Parteien und gesellschaftlichen Akteuren werden Stimmen laut, die Endlagerung als »unlösbar« ansehen und ablehnen, weil das sichere Abschirmen der strahlenden Last über Zehntausende, ja Millionen Jahre niemals zu garantieren sei. Doch als Konsequenz aus dieser sicherheitstechnisch angeblich wackeligen Perspektive werden die Ansprüche an eben diese Sicherheit radikal zurückgeschraubt und es wird einer dauerhaft provisorischen oberirdischen Lagerung das Wort geredet. Der unbefriedigende Status quo soll so geheilt und prolongiert werden. Und als Nebeneffekt werden gleich noch Milliardenkosten für ein »unnötiges Endlager« gespart.

»Ohne gesellschaftlichen Konsens ist die Endlagerfrage nicht zu lösen«

Wolfram König ist
Chef des Bundesamtes für Strahlenschutz

Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit einer Hochrisikotechnologie. Hier werden dauerhaft Risiken in Kauf genommen, die sich durch Gefahren von Terrorismus, Erdbeben und Krieg, von möglichen Flugzeugabstürzen und Naturkatastrophen ergeben. Wir leben in einer Welt, in der viele Kräfte kernwaffenfähiges Material in ihre Hand bekommen wollen. Eine Welt, in der politische Stabilität selbst für ein Land wie die Bundesrepublik leider kein für Jahrhunderte zementiertes Privileg ist.

Auch verlockend erscheinende Angebote, Atommüll im Ausland zu entsorgen, sind keine verantwortliche Alternative. Solche Angebote gründen nämlich nicht darauf, dass außerhalb unserer Landesgrenzen besonders geeignete Erdschichten ein höheres Sicherheitsniveau gewährleisten. Sie sind ausschließlich ökonomisch motiviert. Ich warne ausdrücklich vor einer Billigentsorgung, die unseren Ansprüchen nicht gerecht werden kann. Internationale Zusammenarbeit bei der Endlagerung ist in hohem Maße erwünscht. Doch Entsorgung light im Ausland ist der denkbar schlechteste Weg, mit diesen brisanten Abfällen umzugehen.

Ersparen wir uns an dieser Stelle eine Abschätzung des gewaltigen Gefahrenpotenzials der hochaktiven Abfälle. Nur soviel: Die am Standort Asse eingelagerten Abfälle, die als Inbegriff des Atommüllskandals eine steile mediale Karriere hingelegt haben, machen weit weniger als ein Prozent derjenigen Strahlung aus, die von den mehreren tausend Tonnen abgebrannter Brennelemente ausgeht. Und bis 2040 wird es allein in der Bundesrepublik, selbst ohne die

umstrittene Laufzeitverlängerung, mehr als 17.000 Tonnen hochradioaktive Abfälle geben, die sicher gelagert werden müssen.

Entsorgung ist Aufgabe des Staates. Sie verlangt, dass über den Tag und über Legislaturperioden hinaus gehandelt wird. Ungeeignete Provisorien, Scheinlösungen und entsorgungspolitische Illusionen haben unser Land in der Vergangenheit viele Milliarden gekostet. Es wird Zeit für eine tragfähige Lösung. Gegenwärtig verändern sich von Wahl zu Wahl aber nicht nur die parteipolitischen Konstellationen, sondern auch die entsorgungspolitischen Direktiven. Man ist versucht zu sagen, dass die Koordinaten eines auf Jahrtausende angelegten Projekts alle vier Jahre neu bestimmt werden. Doch ohne einen Legislaturperioden überdauernden gesellschaftlichen Konsens ist die Endlagerfrage nicht zu lösen. Voraussetzung dafür ist eine klare Begrenzung der nuklearen Abfallmengen. Voraussetzung ist aber auch ein offenes transparentes Verfahren bei der Suche und Prüfung geeigneter Standorte. Beides sind große demokratische Herausforderungen. Wir müssen sie endlich annehmen. ■